

**** Frankfurt, 13. Jan.** Heute hat sich die Majorität der Nat.-Versammlung mit einer Mehrheit von 37 Stimmen (261 gegen 224) für die von dem Ministerium Gagern in Beziehung auf das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich aufgestellte Politik ausgesprochen. Wir sind dadurch um einen Schritt weiter gekommen in der Einigung und Feststellung der Zustände Deutschlands. Es hat sich in diesem Falle wieder gezeigt, wie leicht Leidenschaften und Sonderinteressen eine ganz einfache Sache verwickeln und verwirren können. Es handelt sich nämlich um die Frage: wie soll es gehalten werden mit den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen? Bekanntlich sind die einzelnen deutschen Länder seit 1815 zu einem Bunde zusammengetreten, in welchem insbesondere die Fragen über Krieg und Frieden, und was damit zusammenhängt, durch Abgeordnete der Fürsten nach der Wiener Bundesacte entschieden wurden. Im Uebrigen hatten die 38 einzelnen deutschen Staaten und Ländchen nichts mit einander zu schaffen, und die Völker selbst wurden auf dem sogenannten Bundestage nicht vertreten und angehört. Seit dem März vorigen Jahres hat sich die ungeheure Mehrheit der Deutschen dahin entschieden, daß statt der einzelnen verbündeten Staaten und Ländchen Deutschlands ein einziger Bundesstaat ins Leben treten sollte. Ganz in Uebereinstimmung damit hatte auch schon der König von Preußen am 21. März öffentlich erklärt, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen solle. Der Bundesstaat Deutschland soll nach Außen den fremden Völkern gegenüber ein einziger Staat sein, im Frieden und im Kriege, für Handels-, Schifffahrts- und Zoll-Verträge, bei Gesandtschaften und dergl. Ebenso soll dies aber auch im Innern Deutschlands zur Wahrheit werden, denn alle Stämme des deutschen Volkes sollen gleiche Rechte und Freiheiten, gleiche Gesetze u. s. w. haben, es soll ein und dieselbe Gesetzgebung für Zölle, Steuern, Posten zc. stattfinden, und die innern Schranken und Hemmungen zwischen den einzelnen deutschen Staaten sollen fallen. Demzufolge wurde der Bundestag bald abgeschafft und eine provisorische Obergewalt über ganz Deutschland eingeführt. Das sind nun allerdings erst Wünsche und Worte, und es fragt sich, wie es mit der Verwirklichung dieser schönen Wünsche aussieht. Was die übrigen deutschen Länder anbetrifft, so wird es trotz aller geheimen und öffentlichen Widerstrebungen dem Frankfurter Reichsparlamente und der Centralgewalt hoffentlich gelingen, seine segensvollen Beschlüsse für Deutschland durchzusetzen. Nur an Oesterreich sind bisher die Frankfurter Beschlüsse förmlich gescheitert. Es war endlich an der Zeit, das Verhältniß des übrigen Deutschland zu Oesterreich in's Klare zu setzen, und der edle H. v. Gagern hat es auf sich genommen, dieß zu Stande zu bringen. Seine Absicht hat er klar dahin angegeben: die vielwünschte Einigung Deutschlands zu einem einzigen Bundesstaate läßt sich den deutsch-österreichischen Provinzen gegenüber nicht durchsetzen, denn Oesterreich ist wegen seiner vielen übrigen nicht-deutschen Länder außer Stande, seine deutschen Länder der Hauptsache nach aus seinem Gesamtstaate loszulassen, letztere sind sogar eins der wesentlichsten und nothwendigsten Stücke des österreichischen Gesamtstaates; wenn nun der deutsche Reichstag beschlossen hat, daß, wenn auch deutsche Länder einen Herrscher haben, der zugleich Regent fremder Länder ist, das deutsche Land mit den nicht-deutschen in gar keiner Verbindung stehen darf (bloße Personalunion), so ergibt sich, daß dieser Beschluß bei Oesterreich nicht auszuführen ist. Die österreichischen nicht-deutschen Länder können die österreichisch-deutschen Länder nicht entbehren, und der deutsche Gesamtstaat kann ebensowenig Deutsch-Oesterreich aufgeben. Da soll nun die Sache so versucht werden: Was die übrigen deutschen Länder anbetrifft, so müssen diese sich zu einem Bundesstaate neu gestalten; was Deutsch-Oesterreich angeht, so kann dieses zwar nicht in dem einen deutschen Bundesstaate eintreten, aber darum soll es noch nicht ganz aufgegeben, also wie Frankreich und Rußland, ein fremdes Land werden. Hier soll vielmehr der alte Staatenbund bestehen bleiben, wie er zwischen Deutsch-Oesterreich und den übrigen deutschen Ländern bestanden hat. Jedoch denkt H. von Gagern, daß dieser Bund beider Staaten noch erweitert, verbessert und inniger gemacht werden kann. Diesen Absichten ist nunmehr das Parlament beigetreten.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Das Interesse der heutigen Sitzung hat im Allgemeinen den seit lange und hoch gespannten Erwartungen, die sich an die Debatte über Gagerns Programm knüpften, nicht entsprochen. Ein großer Theil der Sitzung wurde durch Reden höchst mittelmäßiger Bedeutung, sowohl was ihren Inhalt, als die Person der Redner betraf, ausgefüllt. Die Rede, mit welcher Herr Benedey die Verhandlungen eröffnete, bewegte sich ganz auf dem untergeordneten Gefühlsstandpunkte, von dem derselbe alle politischen Fragen zu entscheiden gewohnt ist, und trug den trübseligen Charakter an sich, welcher allen politischen Expektorationen Benedey's anhebt. Sein Ausschuss-Bericht über

die schwebende Frage ist nun gar das schwächste Nachwerk, das wohl je aus der Feder eines Referenten geflossen ist, und erregt selbst unter den Mitgliedern der Mehrheit des Ausschusses die größte Unzufriedenheit. Als Kuriosum hebe ich nur heraus, daß Herr Benedey darin sagt, die projektirte Unionsakte mit Oesterreich werde gerade denselben Erfolg für Deutschland haben, wie alle dem ähnlichen Verträge im Lauf seiner Geschichte, so der von Verdun, welcher uns Lothringen (!) gekostet habe. Die Aehnlichkeit der Unions-Akte mit Oesterreich und des Vertrags von Verdun ist gewiß eben so groß, als die Entdeckung, daß wir dem letzten den Verlust Lothringens zu verdanken haben, neu und überraschend. Herr Benedey begründet sich dadurch wirklich den Anspruch auf einen Namen im Gebiet der Geschichtsforschung. Seine heutige Rede hatte wenigstens das Verdienst kurz zu sein, und das darf man nicht zu gering anschlagen. — Gagerns Rede trug ganz den Stempel der edlen Einfachheit, verbunden mit imponirender Höhe des Wesens, welche den großen Charakter dieses ausgezeichneten Mannes bezeichnen. Wer dieser würdevollen Geradheit gegenüber einen Blick auf die geschmeidige Gewandtheit wirft, womit seine Gegner den verschlungenen Krümmungen ihrer machiavellistischen Politik nachgehen, der kann nicht umhin, die Größe auf der einen, die Kleinheit auf der andern Seite zu bemerken. Die Stellen, in denen Gagern gegen die Absichten und Verbindungen sich verwehrt, die man ihm untergelegt hatte, riefen den einstimmigen Beifall der Versammlung hervor. Herr v. Schmerling bewies eine unbestreitbar große Geschicklichkeit darin, mit einer gewissen diplomatischen Miene, mit dem Air, die wichtigsten Mittheilungen zu machen, welche den Stand der Frage wesentlich verändern mußten, Nichts zu sagen. Er wand sich auf diese Weise sehr gut durch die persönlichen Schwierigkeiten seiner Stellung hindurch, die in der That nicht gering sind, denn wenige Tage, ehe er das Ministerium verließ, war er völlig bereit, der Reichs-Versammlung einen Antrag vorzulegen, welcher denselben Ausgangspunkt, gleich dem Gagern's, nahm, nämlich die Ansicht der Unmöglichkeit für Oesterreich, in den engern deutschen Bundesstaat einzutreten und die Auslegung des Programms von Kremser in diesem Sinne. Nach Herrn von Schmerling's Rede ist das österreichische Ministerium von seinen damals geäußerten Ansichten theilweise zurückgekommen, und wahrscheinlich nimmt er für sich dasselbe Recht der Bekehrung in Anspruch, obwohl sie bei ihnen sehr rasch erfolgt sein muß, denn zwischen seinem Ausscheiden aus dem Ministerium und seiner Rückkehr als österreichischer Bevollmächtigter und Ueberbringer der famosen Note liegt kaum eine Zeit von 14 Tagen. So haben sich merkwürdigerweise Herr v. Schmerling und Fürst Felix Schwarzenberg, die früher beide der Ansicht von der Sonderstellung Oesterreichs huldigten, bei ihrem Zusammentreffen in Olmütz gegenseitig und noch dazu mit wunderbarer Schnelligkeit bekehrt. Trotz der nichtsagenden Allgemeintheiten, in denen sich die Rede Schmerlings bewegte, ist doch eine Stelle darin, wichtig und werth davon Akt zu nehmen, nämlich, daß Oesterreich dem Zustandekommen des deutschen Bundesstaates nicht entgegenarbeiten wolle und, falls es nicht darin eintrete, nur verlange, daß man die Thür ihm offen halte. Die letzten Worte werden mancherseits dahin gedeutet, daß falls man den König von Preußen zum Oberhaupt mache, diese nicht „erblickt“ geschehen solle. —

Wien, 12. Januar. Se. Majestät der Kaiser hat den Großfürsten Konstantin von Rußland, den Prinzen Albert von Sachsen und Friedrich von Baden, wie den Fürsten Egon von Fürstenberg, daß Großkreuz des königlich ungarischen St. Stephans-Ordens verliehen.

Der erste Paragraph der österreichischen Grundrechte, der nach dem Entwurf des Verfassungs-Ausschusses lauten sollte: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Konstitution festgesetzte Weise ausgeübt“, und gegen den sich das Ministerium im Voraus erklärt hatte, ist in die Reichstags-Sitzung vom 10. Januar nach einem Amendement des Deputirten Allepitsch mit großer Majorität verworfen worden. Dieses angenommene Amendement war folgendermaßen gefaßt: „Der §. 1. des Entwurfs der Grundrechte sei, als nicht hierher gehörig, wegzulassen und mit der Textirung der Bestimmungen über die Theilung und Ausübung der Staatsgewalten der mit dem Entwurfe der übrigen Theile der Konstitution betraute Ausschuss zu beauftragen.“

Wien, 11. Januar. Wir sind noch nie so lebhaft an die Geschichte vom freisenden Berge gemahnt worden, als durch die imposant scheinenden, aber sowohl in ihrer Entstehungs-Geschichte, als in ihren Resultaten so unbedeutenden kremserer Vorgänge. Auf die allgemeine Spannung ist beinahe eben so allgemein ein anderes Gefühl gekommen, das wahrlich nicht sehr geeignet ist, weder die schon bedeutend schadbrüchig gewordene Hochachtung vor dem Reichstage noch vor dem Ministerium zu kräftigen.

Den Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung des Reichstags, eine andere Art der Knotenlösung glaubte man nach dem Votum vom 8. Januar nicht für möglich. Freilich wäre auch keine andere Alternative möglich gewesen, wenn das Votum wirklich ein